

#FÜRSIEDA

IHRE INFORMATIVE ZEITUNG FÜR WILMERSDORF-SÜD UND SCHMARGENDORF - AUSGABE MÄRZ/APRIL 2026



Liebe Leserinnen und Leser,

Der Winter ist auf dem Rückzug – und mit den ersten wärmeren Tagen wächst bei vielen von uns die Vorfreude auf die Zeit, in der sich das Leben wieder stärker nach draußen verlagert. Ob bei einem Kaffee im Lieblingscafé, bei einem Spaziergang durch den Volkspark oder auf einer Bank am Rüdesheimer Platz: Die kommenden Wochen laden dazu ein, die Sonne zu genießen und vielleicht auch die eine oder andere interessante Lektüre mitzunehmen.

Genau dafür erscheint die neue Ausgabe unserer Zeitung #FÜRSIEDA. In dieser Ausgabe widmen wir uns besonders dem Thema Wirtschaft.

Ich freue mich sehr, dass wir für diese Ausgabe auch spannenden Stimmen gewinnen konnten. Besonders hinweisen möchte ich auf den Gastbeitrag von Steffen Krach, der seine Perspektive auf aktuelle wirtschaftliche Herausforderungen und Chancen für unsere Stadt einbringt. Ebenso sehr lesenswert ist das Interview mit Franziska Giffey, in dem sie über wirtschaftspolitische Prioritäten, Stadtentwicklung und die Zukunft Berlins spricht. Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen dieser Ausgabe von #FÜRSIEDA.

Und wenn Sie Lust auf ein persönliches Gespräch haben: Besuchen Sie mich gern in meinem Bürgerbüro in der „Alten Apotheke“ am Rüdesheimer Platz 7. Ich freue mich über jeden Besuch und den direkten Austausch mit Ihnen.

Herzlichst
Ihr Florian Dörstelmann, MdB



Wirtschaftssenatorin und Bürgermeisterin Franziska Giffey und der Abgeordnete für Wilmersdorf-Süd und Schmargendorf, Florian Dörstelmann, wollen eine erfolgreiche Politik für die Stadt gestalten. Foto: Jürgen Jänen

Big Business Berlin - Schulterschluss für Berlins Wirtschaft und Kieze

Start-ups, starke Arbeitsplätze und resiliente Infrastruktur: SPD Berlin und Wirtschaft diskutieren bei „Big Business Berlin“ über die nächsten Schritte für den Innovationsstandort Hauptstadt.

Die Berliner Wirtschaft brummt, der Erfolg bringt neue Herausforderungen mit sich. Unter dem Titel „Big Business Berlin“ trafen sich rund 150 hochkarätige Vertreter aus der Wirtschaft mit der SPD Berlin in der Kunst Galerie P61. Die Botschaft des Abends war deutlich: Berlin ist einer der führenden Innovationsmotoren Europas, muss jetzt aber wichtige Weichen für gute Arbeitsplätze, räumliches Wachstum und krisenfesten Infrastruktur stellen.

Ein Top-Thema des Abends war die Gründerszene in Berlin. Berlin spielt hier international inzwischen in der obersten Liga – zusammen mit London und Paris bildet die Spree-Metropole das Trio der führenden Innovationsstandorte Europas: Die Dynamik ist beeindruckend: Alle 14 Stunden wird in Berlin ein neues Start-Up gegründet.

Eine Kernbotschaft des Abends: Start-Ups brauchen mehr Platz in den Kiezen. Damit junge Unternehmen und etablierte Industrie voneinander profitieren können, benötigen sie Platz. Der Verweis von Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey (SPD) auf den Masterplan ihres Hauses mit dem Stadtentwicklungs-Senat verdeutlichte, dass Gewerbeflächen und Wohnraum zusammen gedacht werden müssen, um die Identität der Berliner Kieze durch innovative Arbeitsplätze zu stärken.

„Gute und starke Wirtschaft und



Der Spitzenkandidat der Berliner SPD, Steffen Krach, und Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey wollen eine erfolgreiche Politik für die Stadt gestalten. Foto: SPD Berlin

gute Arbeit gehören zusammen“, unterstrich Wirtschaftssenatorin Giffey in ihrem Redebeitrag. Berlin sei international längst eine Marke. Zugleich unterstrich sie

die globale Strahlkraft der Hauptstadt. Bei ihren Reisen mit Wirtschaftsdelegationen, die sie unter anderem nach Tokio und Boston führten, wurde deutlich, dass der

Standort Berlin als einer der europäischen Innovationsführer bekannt sei.

Die Bilanz der letzten Jahre zeigte, dass dieser Anspruch gerechtfertigt ist: Der Glasfaserausbau wurde in den letzten Jahren verdreifacht; Berlin ist inzwischen zum Solarausbaumeister in Deutschland aufgestiegen und der Tourismus hat sich nach den herausfordernden Corona-Jahren weitestgehend erholt.

Giffey fand aber auch mahnende Worte. Nach den beispiellosen Anschlägen auf die kritische Infrastruktur in den vergangenen Monaten müsse diese resilienter und der Schutz neuralgischer Punkte priorisiert werden. Berlin müsse eine Vorreiterrolle im Schutz der Daseinsvorsorge einnehmen.

SPD-Spitzenkandidat Steffen Krach unterstützte diese Ausführungen und appellierte an die Verantwortungsteilung: „Wir brauchen eine gute Standortpolitik, um Arbeitsplätze zu erhalten. Das Land muss eine funktionierende Infrastruktur liefern, die Betriebe wiederum gute Arbeitsplätze.“

Big Business Berlin machte deutlich: Berlin hat erreicht, es hat aber noch viel Arbeit vor sich. Mit einer Mischung aus Kiez-Verbundenheit, globalem Innovationsanspruch und einer neuen Resilienz gegenüber äußeren Bedrohungen will Berlin seine Position als europäisches Kraftzentrum halten und ausbauen.

THEMEN IN DIESER ZEITUNG

WIRTSCHAFT IN BERLIN

Thesen von Florian Dörstelmann

SEITE 2

WIEDER BERLIN WERDEN

Steffen Krach über seine Vision für Berlin

SEITE 3

PLATZ FÜR DIE WIRTSCHAFT VON MORGEN

Gastbeitrag von Tim Renner

SEITE 4

Berlin - eine wirtschaftliche Erfolgsgeschichte

Interview mit Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey

SEITE 5

KULTUR GEGEN LEERSTAND

Heike Schmitt-Schmelz stellt vor

SEITE 6

Wirtschaftspolitische Thesen

Florian Dörstelmann zur Zukunft der Berliner Wirtschaft

Die Wirtschaft ist wieder Thema. Weltweit, im Bund, im Land – und im Kiez. In einer Zeit vieler gleichzeitiger Krisen rückt allen wieder ins Bewusstsein, dass jeder Wohlstand, jeder Fortschritt und jede Daseinsvorsorge auf harter Arbeit beruhen. Auf harter Arbeit, die von abhängig Beschäftigten für Unternehmen oder die öffentliche Hand erbracht wird, auf harter Arbeit, die von Selbständigen mit eigenen Betrieben im Handwerk, im Handel oder mit Dienstleistungen ausgeführt wird, und auf harter Arbeit, die von Freiberuflerinnen und Freiberuflern in Praxen, Kanzleien, Büros und Laboren geleistet wird. Sie alle sind Garanten unseres Wohlstands und ihnen muss daher auch die uneingeschränkte Unterstützung und Aufmerksamkeit der Politik gelten.

Berlin ist ein besonderer Ort. Es ist Weltmetropole, Sehnsuchtsort, Heimat, Herausforderung und Schmelztiegel. Vor allem aber ist es ein Ort, den sich immer mehr Menschen aussuchen, um eine Weile oder sogar dauerhaft hier zu leben. Die Stadt steuert auf die Vier-Millionen-Marke zu und für die meisten Zuzügler ist die Arbeit der objektive Grund, aber die Lebensqualität das persönliche Motiv, nach Berlin zu kommen. Die Zahl der Gut-Ausgebildeten, die hier auf den Feldern der Zukunftstechnologien arbeiten wollen, steigt permanent. Denn kaum irgendwo sonst lässt sich so gut beides verbinden – moderne Arbeit und das Leben in einer faszinierenden Stadt. Das zeigt sich auch an der Zahl der Start-Ups. Nirgendwo in Europa werden so viele gegründet wie in Berlin. Das ist auch ein Erfolg des SPD-geführten Wirtschaftsressort mit Senatorin Franziska Giffey. Berlin hat das Zeug dazu, dauerhaft führender Innovationsstandort in

Europa zu werden. Gleichzeitig zählt Berlin zu den drei Bundesländern mit dem höchsten Wirtschaftswachstum – unsere Stadt braucht sich daher auch vor süddeutschen Bundesländern nicht zu verstecken.

Unter Ärzten heißt es bei Medikamenten oft „keine Wirkung ohne Nebenwirkung“. Das gilt aber auch für eine Millio-



Florian Dörstelmann macht sich Gedanken um die Wirtschaft von morgen.. Foto: privat

nen-Stadt wie Berlin - je beliebter als Standort, desto begehrter seine Ressourcen. Und diese Ressourcen sind häufig leider sehr knapp. Allen voran der verfügbare Wohnraum. Die Frage nach bezahlbaren Wohnungen hat sich in den vergangenen Jahren zu einem zentralen Thema für den Alltag vieler Menschen und parallel dazu auch zu einem sensiblen Standortfaktor für die Wirtschaft entwickelt. Nur mit einer ausreichenden Anzahl leistbarer Mietwohnungen lohnt es sich, für einen Job nach Berlin zu

kommen. Das weiß auch der Senat und hat daher in den vergangenen Jahren den Wohnungsneubau forciert. Mit erheblichem Erfolg! So wurden in den vergangenen vier Jahren im Schnitt beim Neubau etwa 77% der angestrebten 20.000 Wohnungen pro Jahr auch tatsächlich erreicht. Ein Wert, der deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt. Trotzdem bleibt hier noch viel zu tun, um allen Berlinerinnen und Berlinern ein Angebot für bezahlbaren Wohnraum zu machen. Daran arbeitet Bausenator Christian Gaebler mit seiner Verwaltung und den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften mit Hochdruck.

In den Kiezen macht sich das alles auch bemerkbar, genauso wie veränderte Lebensgewohnheiten. Ging man früher wie selbstverständlich ins Fachgeschäft, ist in Zeiten des Internet-handels der Lieferdienst genauso selbstverständlich geworden. Das hat jedoch Folgen für die örtliche Wirtschaft. Zunehmend ist Ladenleerstand zu erkennen, selbst in so beliebter Umgebung wie der Breite Straße in Schmargendorf oder am Rüdesheimer Platz. Auch hier muss die Politik aktiv werden. Der Bezirk sollte sich künftig stärker für eine gezieltere Wirtschaftsförderung einsetzen, um lokale Unternehmen zu unterstützen und Arbeitsplätze in den Kiezen zu sichern. Eine Begrenzung der Miethöhe auch im Gewerbemietrecht könnte auf Dauer wieder zu mehr Belebung in den Einkaufstraßen und damit einer besseren Nahversorgung für alle führen – ohne dass mit einem in zweiter Reihe parkenden Lieferwagen ein „Päckchen Buntstifte“ bis an die Haustür gebracht wird.

Berlin und auch unser Kiez hat noch viel vor sich. Aber Berlin und unser Kiez haben auch noch viel vor!



WILMERSDORFER GESPRÄCHE ZUR INNEREN SICHERHEIT

**ZU GAST: IRIS SPRANGER,
SENATORIN FÜR INNERES
UND SPORT**

**DINENSTAG, 12. MAI 2026
19 - 21 UHR**

**RÜDESHEIMER PLATZ 7
14197 BERLIN**

Anmeldung per Mail

Gaststättengesetz

Gesetz für Gastrobetreibende und Anwohnende

Mehr Tempo, weniger Bürokratie: Berlin will die Gründung von Gaststätten erleichtern. Der Senat setzt dabei auf Digitalisierung und neue Regeln für die Außengastronomie in den Berliner Kiezen. Der Berliner Senat plant für 2026 ein Landesgaststättengesetz, von dem die Gastronomie in der Hauptstadt profitieren soll. Im Gegensatz zu zahlreichen anderen Bundesländern gibt es das bisher nicht. Nachdem der Bund seit Anfang 2026 die Mehrwertsteuer in Gaststätten allgemein auf 7% gesenkt hat, will der Berliner Senat Bürokratiehürden schleifen und Genehmigungsverfahren digitalisieren, um so Behördengänge zu verringern. „Unsere Rechtsgrundlage ist das Bundesgaststättengesetz aus dem Jahr 1971. Jetzt bringen wir unser Gaststättenrecht aus den 1970er Jahren ins 21. Jahrhundert und machen es hauptstadttauglich“, sagte Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey (SPD). „Gastronomie, Hotellerie und der Tourismus insgesamt sind wichtige Wirtschaftsfaktoren für Berlin. Für sie wollen wir einiges vereinfachen, digitalisieren und entbürokratisieren“, kündigte Giffey an. Das Landesgaststättengesetz sei ein Versprechen an die Branche, dass der Senat nun einlöse. „Unser Ziel: Jeder, der eine Gaststätte aufmachen will, soll die

behördlichen Fragen von der Anzeige bis zur Eröffnung innerhalb von vier Wochen mit digitaler Gewerbeanmeldung erledigt haben können“, erklärte die SPD-Politikerin Franziska Giffey. „Gerade bei der Außengastronomie wollen wir flexibler werden“, sagte Giffey – zugunsten der Betriebe, aber mit Schutzmöglichkeiten für Anwohnende. Das betreffe etwa Public Viewing bei großen Sportereignissen wie der Fußball-Weltmeisterschaft 2026. Vorgesehen seien mehr Möglichkeiten ohne gesonderte Genehmigung - aber auch Einschränkungen dann, wenn es Beschwerden von Anwohnern geben sollte. „Gastronomie und Anwohnende sollen aufeinander Rücksicht nehmen, dann klappt das auch zum Wohle aller“, so der SPD-Abgeordnete Florian Dörstelmann aus dem Wahlkreis Wilmersdorf Süd/Schmargendorf. Im März wurde dazu ein Senatsbeschluss gefasst. Nun muss das parlamentarische Verfahren folgen. „Mein Ziel ist es, dass wir vor der Sommerpause ein neues, zeitgemäßes Berliner Landesgaststättengesetz haben, um die Branche zusätzlich zur jetzt erreichten Senkung der Mehrwertsteuer im Gastrobereich zu unterstützen“, so die Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey.

Berlin wappnet sich für die Krisen der Zukunft

Gastbeitrag von Christian Hochgrebe, Staatssekretär für Inneres des Landes Berlin

Es war eine Zeit der vermeintlichen Gewissheit. Mit dem Fall der Mauer vor über 30 Jahren und dem Ende des Ost-West-Konflikts wiegte sich Europa in der Sicherheit eines „ewigen Friedens“. In dieser Ära der Entspannung geriet eine Kernaufgabe des Staates scheinend aus dem Fokus: der umfassende Katastrophen- und Zivilschutz. Nicht nur in Berlin, nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa wurden Strukturen abgebaut, Vorräte reduziert und Kapazitäten eingespart. Man glaubte, diese Vorsorge schlicht nicht mehr zu brauchen. Heute müssen wir schmerzhaft erkennen: Das war ein historischer Irrtum. Die Realität hat uns eingeholt – brutaler und vielfältiger, als wir es uns lange vorstellen wollten. Ob die verheerenden Auswirkungen des Klimawandels mit Starkregen und Hitzeperioden, die Bedrohungen im Cyberraum oder die dramatische Veränderung der sicherheitspolitischen Lage in Europa durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine: Wir

leben in einer Zeit der multiplen Krisen.

Die SPD Berlin: Schutz für alle, nicht nur für Wenige

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist klar: Sicherheit ist eine soziale Frage. Wer über wenig Mittel verfügt, ist in Krisenzeiten am stärksten gefährdet. Deshalb ist ein starker, staatlich organisierter Katastrophenschutz für uns kein optionales „Extra“, sondern Ausdruck gelebter Solidarität und staatlicher Fürsorgepflicht. Wir lassen die Berlinerinnen und Berliner in der Not nicht allein. Innensenatorin Iris Spranger hat die Zeichen der Zeit nicht nur erkannt, sondern handelt mit Hochdruck. Wir rücken den Katastrophenschutz wieder dorthin, wo er hingehört: in das Zentrum unseres politischen Handelns. Es geht darum, verlorenes Terrain zurückzugewinnen und gleichzeitig modernste Antworten auf die Gefahren von morgen zu finden.

Das neue Kompetenzzentrum: Herzstück der Berliner Resilienz

Um diesen Kraftakt zu bewältigen, hat Innensenatorin Iris Spranger in Berlin das Kompetenzzentrum für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (KBK) eingerichtet. Hier bündeln wir Expertise, koordinieren die Zusammenarbeit der Hilfsorganisationen und entwickeln Strategien für Szenarien, die wir lange verdrängt hatten.



Foto: bbk

Dieses Zentrum ist kein Elfenbeinturm, sondern ein operativer Motor. Zu den Kernaufgaben gehören:

• **Vernetzung der Akteure:** Feuerwehr, Polizei, Hilfsorganisationen wie das Rote Kreuz, die Johanniter, Malteser, der ASB sowie das THW werden hier eng verzahnt.

• **Modernisierung der Warnsysteme:** Wir investieren massiv in die digitale und analoge Infrastruktur, um die Bevölkerung im Ernstfall schnell und zuverlässig zu erreichen.

• **Bevorratung und Logistik:** Wir bauen Kapazitäten wieder auf, um im Krisenfall autark handlungsfähig zu sein – von der Trinkwasserversorgung bis hin zur Notstromversorgung kritischer Infrastrukturen.

Ehrenamt als Rückgrat unserer Stadt

Ein moderner Katastrophenschutz funktioniert nicht nur „top-

down“ durch die Verwaltung. Er lebt vom Engagement der Tausenden Ehrenamtlichen in unserer Stadt. Als SPD-geführte Innenverwaltung ist es unser erklärtes Ziel, dieses Ehrenamt nicht nur zu verwalten, sondern aktiv zu fördern und wertzuschätzen. Wer sich für die Sicherheit seiner Mitmenschen einsetzt, verdient die beste Ausrüstung und volle politische Rückendeckung.

Fazit: Wir sind bereit, Verantwortung zu tragen

Wir arbeiten mit Hochdruck daran, die Resilienz unserer Metropole Tag für Tag zu stärken. Berlin ist eine Stadt der Freiheit – doch Freiheit braucht Sicherheit als Fundament. Wir rücken den Schutz der Bevölkerung wieder in das Sichtfeld der Politik. Nicht aus Panik, sondern aus Verantwortung. Damit Berlin auch in stürmischen Zeiten ein sicherer Hafen für alle seine Bürgerinnen und Bürger bleibt.

Wieder Berlin werden

Es ist bald 25 Jahre her, dass ich zum Studium nach Berlin gekommen bin. 2002 wollten alle hierhin. Berlin hatte auf uns diese wahnsinnige Anziehungskraft. Nicht weil hier alles perfekt war. Sondern weil hier dieses Gefühl in der Luft hing, dass genau hier passiert, was man nicht verpassen darf. In Berlin sind die Mutigen und Kreativen, hier wird Zukunft gemacht. Und: Berlin wurde von den Menschen hier gemacht – so war es viele Jahrzehnte.

Im vergangenen halben Jahr war ich viel unterwegs und habe alle 78 Wahlkreise besucht. Denn ich wollte wissen: Was bewegt unsere Stadt? Ich habe mit unzähligen Menschen gesprochen, Vereine, Organisationen und Unternehmen besucht, im Krankenhaus oder bei der Straßenreinigung hospitiert. Ich war auf der Straße und an den Haustüren. Und ja, da sind natürlich die ganz offensichtlichen Themen, die uns alltäglich beschäftigen. Vom Wohnraum und Mieten, über Bezahlbarkeit, bis zum ÖPNV. Von Baustellen-Chaos bis zu Sicherheitsfragen und Sauberkeit der Stadt. Von Problemen in den Schulen bis zur Verwaltungsmodernisierung und Zuständigkeitswirrwarr. Aber das ist nur ein Teil von dem, was die Menschen mir berichtet haben.

So unterschiedliche die Orte, Themen und Gespräche waren, eines wurde mir immer wieder mit auf den Weg gegeben: Berlin war nie perfekt, aber Berlin war immer mutig und ist vorangegangen. Dieses Gefühl ist der Stadt verloren gegangen, das sage nicht nur ich, sondern das sagen alle Menschen, mit denen ich gesprochen habe.

Für mich ist deshalb klar: Wir müssen wieder weg von Mutlosigkeit, Ist-Mir-Egal-Haltung und Rücksichtslosigkeit. Die meisten Menschen wünschen sich ein Berlin, das wieder mutig ist und sich bewegt. Ein Berlin, das Menschen wieder verbindet. Ein Berlin, in dem Zukunft gemacht wird – mit der Kraft der Vielfalt.

Ja, diese Stadt muss wieder

funktionieren, aber diese Stadt hat mehr verdient. Ein Berlin das für Mut, Bewegung und Zuversicht steht, das ist die Vision, für die ich arbeiten möchte.

Wieder ein Berlin, das im Konzert mit anderen Weltmetropolen spielt.

Wieder Zukunft statt zaudern. Wieder handeln statt hadern. Wieder Vertrauen in Verantwortung.

Und vor allen Dingen: Wieder Zusammenhalt, statt Egoismus und Spaltung.

Ich habe in dieser Stadt 22 Jahre meines Lebens verbracht. Ich kenne die Stärken dieser Stadt. Wir werden international um unsere Kultur und unsere Wissenschaft beneidet. Wir sind die Kreativmetropole, ein großer Sportstandort,

nirgends ist die Vereinslandschaft so vielfältig. Wir haben so viel geschafft: die Wirtschaft nach vorne gebracht uns zum Primus für Start-ups entwickelt. Wir haben Herausforderungen, aber wir haben ebenso viele Möglichkeiten.

Ja, ich will dafür arbeiten, dass Berlin wieder funktioniert – dass die Menschen sich hier wohlfühlen und keine Angst vor Jobverlust oder Wohnungssuche haben müssen. Ich will ein Regierender Bürgermeister sein, der wieder liefert und mutig vorangeht. Aber vor allem will ich an dieser Vision für Berlin arbeiten: Ein Berlin das für Mut, Bewegung und Zuversicht steht.

Und sich als eine Familie versteht. Ich habe gesagt, dass ich Berlin zur familienfreundlichsten Metropole machen will. Und wir alle sind diese Familie. Wir gehören

zusammen, egal woher wir kommen, wie wir heißen, an was wir glauben oder wen wir lieben. Nur gemeinsam können wir wieder alles schaffen, was wir uns vornehmen. Das Rote Rathaus muss diesen Weg anführen.

„Wieder Berlin“ ist ein Versprechen, das wir den Berlinerinnen und Berlinern gebe: Wir arbeiten für ein Berlin, das uns wieder ein gutes Zuhause ist und seinen Spirit wieder findet.

Bezahlbarer Wohnraum? Ja, schaffen wir!

Innovationsstandort Nummer eins? Ja, dafür haben wir die besten Bedingungen!

Expo und Olympia? Ja, können wir!

Top Gesundheitsversorgung für Kinder, Familien und Senioren? Ja! Wo, wenn nicht hier!

Wir sind die Hauptstadt eines

der reichsten Länder der Welt. Hier leben bald vier Millionen Menschen, die aus der ganzen Welt zusammenkommen und unsere Stadt gemeinsam wieder mutig in die Zukunft führen können.

Wieder Berlin – Das heißt für mich: Eine Regierung, die vorangeht und eine Gesellschaft, die engagiert mitmacht. Das hat uns immer wieder stark gemacht und das können wir wieder schaffen. Für dieses Berlin will ich wieder arbeiten, als Regierender Bürgermeister, mit einer starken SPD-Fraktion und Abgeordneten wie Florian Dörstelmann.

Ich freue mich, auch in den kommenden Monaten in der Stadt unterwegs zu sein und dafür zu arbeiten, dass wir „Wieder Berlin“ werden.

Herzliche Grüße
Ihr Steffen Krach



SPD
BERLIN

Wieder ein Bürgermeister, der liefert.

WIEDER
BERLIN MIT STEFFEN
KRACH

Steffen Krach möchte der Regierender Bürgermeister von Berlin sein, der für diese Stadt liefert. Foto: SPD Berlin; Florian Büttner

Betriebsratswahlen laufen bis Ende Mai

Alle vier Jahre werden Betriebsräte in den Betrieben gewählt, immer zwischen dem 1. März und 31. Mai. 2026 ist es wieder so weit, in vielen Betrieben stehen die Wahlurnen. Bei den Betriebsratswahlen kandidieren auf Listen die Menschen, die sich für die Beschäftigten im Betrieb stark machen, die dafür sorgen, dass sie gehört werden, wenn es um die Ausgestaltung ihrer Arbeitsbedingungen geht. Die zur Seite stehen, wenn jemand gekündigt werden soll oder gemobbt wird. Die Gesundheitsprogramme durchsetzen, damit Arbeit nicht kaputt macht. Die auf die Einhaltung von Dienstplänen achten und darauf, dass Tarifverträge und Lohnstrukturen eingehalten werden. In Betrieben mit mindestens fünf wahlberechtigten Beschäftigten kann ein Betriebsrat gewählt werden, drei von ihnen müssen wählbar sein. Wahlberechtigt sind alle, die älter als 16 Jahre alt sind und im Betrieb arbeiten, also auch Azubis, befristete Beschäftigte, Teilzeitarbeitnehmer*innen und Aushilfen. Leiharbeitnehmer*innen, die länger als drei Monate im Betrieb sind oder dort mindestens so lange arbeiten sollen, können

ebenfalls mit abstimmen. Nicht wahlberechtigt sind leitende Angestellte. In Betrieben mit Betriebsrat wird in der Regel alle vier Jahre, immer in der Zeit von 1. März bis zum 31. Mai gewählt. Dies Jahr ist es wieder soweit. In Betrieben, wo es bereits einen Betriebsrat gibt, werden die Wahlvorstände und alle Formalien vom amtierenden Betriebsrat organisiert. Wenn es keinen Betriebsrat gibt, die Kolleg*innen einen Betriebsrat wählen wollen, gibt es gute Anleitungen beim Deutschen Gewerkschaftsbund. Auch die Branchengewerkschaften sind hier gerne bereit zu helfen und zu unterstützen. Denn dort wo Betriebsräte installiert sind, gibt es höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Einen neuen Betriebsrat kann man jederzeit neu wählen, der Arbeitgeber muss einer Betriebsratswahl nicht zustimmen und er darf sie auch nicht behindern oder versuchen diese zu verhindern. Deshalb genießen Kandidat*innen für den Betriebsrat und Mitglieder des Wahlvorstandes einen besonderen Kündigungsschutz. Für einen Betriebsrat kann grundsätzlich jeder kandidieren, außer

die Kolleg*innen aus den Führungsetagen. Entweder man kandidiert gemeinsam mit anderen auf einer Liste für den Betriebsrat oder als Einzelbewerber. Gibt es keine Listen treten alle als Einzelkandidat*innen an. Einzige Voraussetzung für die Kandidatur zum Betriebsrat, man muss mindestens 6 Monate in dem Betrieb beschäftigt sein. Genaue Zulassungsbedingungen erfährt man beim deutschen Gewerkschaftsbund. Sie helfen auch bei allen rechtlichen Fragen. Bei den Wahlverfahren unterscheidet der Gesetzgeber zwischen Kleinbetrieben (bis 200 Wahlberechtigte) und Großbetrieben (mehr als 200 Beschäftigte). In Betrieben mit 101 bis 200 Wahlberechtigten kann sich der Wahlvorstand mit der Arbeitgeberin darauf verständigen, nach dem Wahlverfahren für Kleinbetriebe zu wählen. Hier gibt es unterschiedliche Fristen und andere gesetzliche Voraussetzungen, wie eine Wahl durchzuführen ist. Diese Regelungen findet man beim DGB. Ein Betriebsrat lohnt sich sowohl für die Angestellten als auch für die Unternehmensleitungen:

- Durchschnittlich sind die Löhne ca. 8% höher
 - Es wird wöchentlich 53 Minuten weniger gearbeitet
 - Bessere Regelungen zum mobilen Arbeiten
 - Mehr Urlaub/Weihnachtsgeld
 - Die Produktivität ist um 12,8 Prozent größer als in Betrieben ohne Betriebsräte.
- Die Größe eines Betriebsrates hängt von der Anzahl der Beschäftigten ab, genaue Zahlen erhält man beim DGB. Damit der Betriebsrat ordentlich arbeiten kann, wird ab einer bestimmten Größe des Gremiums Mitglieder von ihrer bisherigen Arbeit freigestellt, also je größer der Betrieb desto mehr Mitglieder des Betriebsrates werden von ihrer normalen Arbeit entbunden, damit sie für die Belange des Gremiums arbeiten können. Wer neu in einen Betriebsrat gewählt wurde, kann sich bei Gewerkschaften oder Bildungsträgern schulen lassen. Keine Angst, diese Schulungen muss der Arbeitgeber, die Arbeitgeberin bezahlen. Der Betriebsrat ist gewählt, hat sich konstituiert und kann dann an den Problemen der Kolleg*innen arbeiten, deren Forderungen

der Geschäftsführung vortragen. Hierbei geht es um Arbeitszeiten, Arbeitsabläufe, Urlaubspläne, Homeoffice, Schichtpläne, Überstunden und alles was die Menschen in den Betrieben betrifft „Betriebsratswahlen sind die demokratische Mitbestimmung in Betrieben, deshalb ist es wichtig, dass erstens Betriebsratswahlen stattfinden und zweitens alle daran teilnehmen“, so der SPD Abgeordnete Florian Dörstelmann.

IMPRESSUM

#FÜRSIEDA
IHRE INFORMATIV ZEITUNG FÜR
WILMERSDORF-SÜD UND SCHMARGENDORF

Herausgeber:
Florian Dörstelmann (V.i.S.d.P.)

Rüdesheimer Platz 7, 14197 Berlin

Redaktion #FÜRSIEDA:
Florian Dörstelmann, René Diesterhöft, Tim Renner,
Jürgen Jänen, Christian Hochgrebe, Finn Jungenkrüger,
Steffen Krach, Heike Schmitt-Schmelz, Rolf Wiegand,
Maurice Thadigismann, Vincent Rautmann

Redaktionelle Leitung:
Florian Dörstelmann

Layout:
Finn Jungenkrüger, René Diesterhöft, Jürgen Jänen

Grafische Gestaltung:
Hannes Kreschel

Platz für die Wirtschaft von morgen

Der Wirtschaftsinfluencer Tim Renner zu Platz für Industrie/Handwerk/Start-Ups im Kiez

Berlin boomt – und das seit Jahren. Mit unserem Wirtschaftswachstum liegt Berlin seit über 15 Jahren deutlich über dem Bundeschnitt. Das ist kein Zufall, sondern Ergebnis kluger An siedlungspolitik, einer starken Wissenschafts- und Kulturlandschaft und einer lebendigen Gründerkultur. Doch Wachstum braucht Fläche. Wenn hier nicht gehandelt wird, gerät die Erfolgsgeschichte ins Stocken.

Laut Statistischem Bundesamt (Erhebung 2022) verfügen Bremen und Hamburg über die meisten Industrie- und Gewerbeflächen in Deutschland, gefolgt von Berlin. Rechnet man jedoch in den beiden Hansestädten die Hafenflächen heraus – die dort bis zu 85 Prozent der Wirtschaftsflächen ausmachen – ist Berlin faktisch die Nummer eins.

Und dennoch: Handwerkerinnen und Handwerker finden in Wilmersdorf keine bezahlbaren Werkstätten mehr. Über 18 Prozent der Berliner Erwerbstätigen sind Soloselbstständige – viele von ihnen klagen über explodierende Flächenkosten. Start-ups gründen sich bevorzugt in Berlin – statistisch alle 14 Stunden entsteht hier ein neues Unternehmen – doch wenn sie wachsen, stoßen sie an Grenzen. Manche wandern nach Leipzig ab, andere nach München – ausgerechnet in eine der teuersten Städte Europas.

Das Problem liegt tiefer: Berlin hält an einer überholten Definition von „Wirtschaftsfläche“ fest. Sie stammt aus einer Zeit, in der

Industrie vor allem laut, schmutzig und emissionsintensiv war. Doch 87 Prozent der Berliner Wertschöpfung entstehen heute in weitgehend emissionsfreien Dienstleistungsbranchen. Und auch die verbleibenden 13 Prozent

dem Areal „Go West“ geschieht. Hier kommt der Autoverkehr in den Untergrund und es wird ein Gewerbegebiet mit Aufenthaltsqualität gestaltet. Das geschieht auf dem ehemaligen Reemtsma-Produktionsgelände durch

der politische Wille da ist.

Hamburg hat vorgemacht, wie das gehen kann. Unter Bürgermeister Henning Voscherau (SPD) wurden vor über dreißig Jahren günstig Hafenflächen angekauft und im weiter außerhalb gelegenen Harburg neue, preiswerte Alternativen geschaffen. Die innerstädtischen Flächen wandelte man in urbane Quartiere um und veräußerte sie unter klaren Auflagen – etwa zur Sicherung von Flächen für Start-ups sowie kleine und mittlere Unternehmen – gewinnbringend an private Entwickler. Heute ist dieses Gebiet als HafenCity weltweit ein Begriff.

Hier muss der Mut aufgebracht werden, neu zu denken. „Wir brauchen eine strategische Umwandlung geeigneter Gewerbe- und Industrie Flächen in urbane Gebiete. Hochprofitables Wohnen in privater Hand muss dabei klar an Verpflichtungen geknüpft werden: subventionierte Flächen für Handwerk, Kultur, soziale Infrastruktur und andere Dienstleistungen. Wachstum darf nicht nur Rendite bedeuten – es muss der Stadtgesellschaft dienen“, so Tim Renner, Wirtschaftsinfluencer und SPD-Politiker.

Den Mut zum nächsten Schritt

Berlin steht wirtschaftlich stark da. Aber Stärke allein reicht nicht. Wir müssen unsere Flächenpolitik an die Realität des 21. Jahrhunderts anpassen. Wer jetzt an überholten Strukturen festhält, riskiert Stillstand. Wer hingegen mutig gestaltet, schafft Raum für Innovation, gute Arbeit und bezahlbares Leben.

„Mit progressiven Kräften in Politik wie dem Abgeordneten Florian Dörstelmann und in der Wirtschaftsförderung wie (die ebenfalls für das Abgeordnetenhaus kandidierende) Ann-Katrin Biewener, gibt es in Wilmersdorf das Potenzial, diesen Weg zu gehen. Diese Menschen müssen wir unterstützen. Denn entscheidend ist, dass wir den Mut aufbringen, ihn auch wirklich zu beschreiten“, so Tim Renner im Ausblick.



Der Wirtschaftsinfluencer und SPD-Politiker Tim Renner Foto: Tim Renner

verändern sich rasant. Ein digitalisierter Handwerksbetrieb fräst heute deutlich leiser als noch vor wenigen Jahrzehnten. Moderne Produktion ist oft technologiegetrieben, platzsparend und verträglich mit urbanem Leben.

Urbane Gebiete: Die Stadt neu denken

Wenn ein Wille da ist, kann man das mit viel Kreativität und politischer Unterstützung auch realisieren, wie es auf den 8 Hektar gro-

lokales Engagement und dem Entwickler Wohnkompanie.

Dort, wo so etwas nicht gegeben ist, liegt eine andere Antwort auf dem Tisch: das Konzept des „Urbanen Gebiets“. Es erlaubt die Mischung von Wohnen, Handwerk, Kultur und Dienstleistungen. Eine kleine Schreinerei kann dort ebenso ihren Platz finden wie ein Musikclub oder ein Start-up-Büro. Bestehende Industrie- und Gewerbegebiete lassen sich in solche urbanen Gebiete umwandeln – wenn

Neue Bodycams

Sicherheit für alle

Zum Ende des Jahres 2025 wurden alle rechtlichen Möglichkeiten geschaffen, um die Bodycams bei Polizei und Feuerwehr zum Schutz der Berliner Bevölkerung und der Berliner Sicherheitsbeamten einzusetzen.

Für ca. 3 Millionen Euro wurden 3000 Bodycams angeschafft. Die Polizei erhielt 2300 Stück, die Berliner Feuerwehr bekam 700 Bodycams. So konnte die Jahreswende in vollem Einsatz mit diesen Bodycams gearbeitet werden. Die Bodycams haben mehrere Funktionen. Zum einen sollen sie helfen, die steigende Anzahl von Angriffen auf die Einsatzkräfte besser, schneller und rechtssicher aufzuklären. Also zum Schutz der Einsatzkräfte. Zum anderen sollen sie auch dazu dienen, Fehlverhalten der Beamten mit aufzuzeigen. Wie funktioniert nun die Bodycam? Im Gegensatz zur landläufigen Meinung ist die Bodycam nicht 24 Stunden am Stück eingeschaltet. Sie wird nur bei polizeilichen Maßnahmen, wie z.B. Verhaftungen, eingeschaltet. Aber auch die Person, gegen die polizeiliche Maßnahmen ergriffen werden, kann verlangen, dass die Bodycam eingeschaltet wird. Dadurch soll eine transparente Aufklärung verbessert werden. Grundsätzlich tragen die Polizeibeamten die Bodycam im Standby-Modus. Das ist das sogenannte Pre-Recording, das Gerät ist in Betrieb, nimmt aber seine Aufnahmefunktion nicht wahr. Die Bodycam kann bis zu 60 Sekunden vor der eigentlichen Inbetriebnahme aufnehmen, erst nach Inbetriebnahme werden die Bilder gespeichert. Die Einsatzkräfte müssen die Betroffenen sofort informieren, dass die Bodycam



Foto: Christian Hochgrebe

eingeschaltet ist. Technisch ist der Betrieb an einer roten LED-Lampe an der Oberseite der Bodycam erkennbar.

Nach dem Einsatz werden die Aufnahmen kontrolliert, ob eine strafrechtliche Relevanz vorliegt. Ist dies nicht der Fall, werden die Aufnahmen sofort gelöscht. Ein besonderer Fall ist die Nutzung von Bodycams in privaten Wohnungen. Dies ist grundsätzlich auch möglich, bedarf aber einer richterlichen Zustimmung, weil Wohnraum unter einem besonderen Schutz steht. Der Staatssekretär des Inneren, des Landes Berlin, Christian Hochgrebe ist sehr zufrieden, dass die Einführung der Bodycams so reibungslos funktioniert hat. „Gerade für die Mitarbeitenden der Berliner Feuerwehr ist nach dem erheblichen Anstieg der Übergriffe auf die Rettungskräfte jetzt wieder mit einem erhöhten Sicherheitsgefühl der Mitarbeitenden zu rechnen. Allein das rechtfertigt die Investition in die Bodycam“, so Hochgrebe zur Einführung der Bodycams.

Kleingartensicherungsgesetz

Sicherheit für die Kleingärten in Berlin

Das neue Kleingartenflächensicherungsgesetz setzt einen rechtlichen Rahmen für den dauerhaften Erhalt landeseigener Kleingartenanlagen. Mit dem Beschluss verfügt erstmals ein Bundesland über ein eigenes Gesetz, das speziell auf den Schutz dieser Flächen ausgerichtet ist. Ziel ist es, die bestehenden Anlagen langfristig zu sichern und ihre Bedeutung für Stadtgesellschaft, Umwelt und Stadtentwicklung zu stärken. Insgesamt prägen derzeit 56.280 Kleingärten auf einer Fläche von rund 2.283 Hektar das Stadtbild. Die Anlagen erfüllen dabei mehrere Funktionen. Neben ihrer Rolle als Orte der Erholung bieten sie Raum für Begegnung und sozialen Austausch. Gleichzeitig ermöglichen sie vielen Menschen,

Natur unmittelbar in der Stadt zu erleben. Darüber hinaus leisten Kleingartenanlagen einen Beitrag zum ökologischen Gleichgewicht: Sie bieten Lebensräume für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten und tragen damit zur Förderung der biologischen Vielfalt bei. Das Kleingartenflächensicherungsgesetz sieht vor, dass alle landeseigenen Kleingartenanlagen grundsätzlich dauerhaft erhalten bleiben. Eine Verringerung der Flächen ist nach dem neuen Rechtsrahmen nicht vorgesehen. Änderungen der Nutzung einzelner Parzellen sind nur in klar definierten Ausnahmefällen möglich und müssen zudem vom Abgeordnetenhaus genehmigt werden. Zu den möglichen Ausnahmefällen zählt insbesondere die Schaf-

fung von Wohnraum sowie sozialer Infrastruktur für breite Teile der Bevölkerung. In solchen Fällen gilt eine verbindliche Ausgleichsregelung: Werden Kleingartenflächen umgewidmet, müssen gleichzeitig Ersatzflächen in gleicher Größe und möglichst im gleichen Einzugsbereich bereitgestellt werden. Mit dem Gesetz wird der Schutz von Grün- und Freiflächen als Bestandteil einer nachhaltigen Stadtentwicklung rechtlich gestärkt. Vor dem Hintergrund von Klimawandel, zunehmender Verdichtung in Städten und dem Rückgang von Lebensräumen für Tiere und Pflanzen soll so langfristig ein Gleichgewicht zwischen baulicher Entwicklung und dem Erhalt städtischer Grünflächen gesichert werden.



Kleingärten werden Dank des neuen Gesetzes geschützt. Foto: CC BY-SA 4.0

Berlin - eine wirtschaftliche Erfolgsgeschichte

Interview mit Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey zu den Erfolgen und Plänen des Senats für Berlin

Was waren für dich die wichtigsten Themen, die du in der aktuellen Legislatur umgesetzt hast und welche stehen noch an?

Berlin trotz der Krise. Wir investieren konsequent in Innovation, Internationalisierung, Talente und Zukunftsbranchen. Das zählt sich aus, denn in einem wirtschaftlich schwierigen Umfeld zeigt sich die Stärke Berlins: Wir haben das 13. Mal in Folge ein Wirtschaftswachstum über dem Bundesdurchschnitt zu verzeichnen.

Wir machen Berlin fit für die Zukunft. Ein besonderer Erfolg der SPD in diesem Bereich: Wir haben die Wärme nach Hause geholt, in dem wir die Berliner Energie und Wärme als landeseigenen FernwärmeverSORGER kommunalisiert haben. Damit haben wir die Hebel für die Wärmewende in der Hand. Außerdem ist es gelungen, Berlin zum Solarmeister zu machen. Hier werden deutschlandweit die meisten neuen Solaranlagen im Verhältnis zur Fläche installiert. Den Anschlag geben wir mit unserem Landesförderprogramm SolarPlus, das sehr gut angenommen wird. Auch beim Ausbau von Ladeinfrastruktur haben wir einen Sprung gemacht und die Anzahl der Ladepunkte in den letzten Jahren auf 31.000 nahezu verdoppelt.

Für mich ist auch die Zukunft des ICC ein großes Herzensanliegen. Wir wollen, dass in dieses ikonische Gebäude wieder Leben einzieht. Das Konzeptverfahren läuft und zum Sommer wird es eine Entscheidung für einen neuen Betreiber geben. Daran arbeiten wir intensiv.

Eine der größten produzierenden Industrien Berlins ist die Kreativwirtschaft. Von Clubs, über Galerien zu Verlagen bis zu Design hin zur Mode genießt Berlin wieder eine hohe internationale Aufmerksamkeit und Relevanz.

WilmerSDorf und SchmarGendorf sind vor allem durch kleine Unternehmen (z.B. Handwerksbetriebe, inhabergeführte Geschäfte) geprägt. Die vergangenen Krisen haben diesen Unternehmen deutlich zu schaffen gemacht. Wie konnte der Senat diesen helfen?

Kleine Geschäfte und Handwerksbetriebe haben es immer schwerer sich zu behaupten. Sie leiden vor allem unter den teils exorbitant gestiegenen Gewerbesteuer. Deshalb mache ich mich seit Jahren für eine Gewer-



Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey mit Florian Dörstelmann bei Big Business Berlin. Foto: Jürgen Jänen

bemietenregulierung stark, die allerdings die Bundesregierung regeln müsste. Das kann das Land Berlin nach aktueller Rechtslage nicht. Oft ist auch die Suche nach einer geeigneten Nachfolge für Betriebe eine große Herausforderung. Hier setzen wir mit der Nachfolgezentrale an, die das Land Berlin gemeinsam mit der IHK, der Handwerkskammer und BürgerschaftsBank Berlin seit Sommer 2024 betreibt. Denn jede Geschäftsaufgabe bedeutet einen Verlust an Wirtschaftskraft, Arbeitsplätzen, Know-How und häufig auch Tradition. Wir wollen die Kieze mit ihrer Berliner Mischung erhalten, damit die WilmerSDorferinnen und WilmerSDorfer auch in Zukunft kurze Wege und lebendige Einkaufsstraßen in ihrem Bezirk haben. Über die Kooperationsvereinbarungen mit den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften bauen wir das Angebot an günstigen Gewerbeflächen kontinuierlich aus. In einem zweijährigen Zentrenprozess haben wir uns den Herausforderungen der Bezirke angenommen und für die Attraktivität von Einkaufsstraßen einen

Handlungsleitfaden entwickelt und auch unsere Förderprogramme angepasst. Heute stehen mehr Haushaltsmittel für die Stärkung des lokalen Einzelhandels zur Verfügung.

Wie ist der aktuelle Stand der Berliner Wärmewende und welche Rolle nimmt sie in WilmerSDorf ein?

Mit dem Klimapakt investiert das Land Berlin über unsere 22 Landesunternehmen rund 13 Milliarden Euro gezielt in die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung, ein leistungsfähiges Stromnetz, den Ausbau von Photovoltaik auf unseren Dächern und die Elektrifizierung auf unseren Straßen. Der Wärmesektor macht rund die Hälfte der CO2-Emissionen aus, deshalb legen wir auf die Wärmewende in Berlin so ein großes Augenmerk.

Für Immobilieneigentümer wollten wir vor allem schnell Planungssicherheit bezüglich des geplanten Ausbaus der Fernwärme schaffen. Im Energieatlas Berlin kann jeder transparent einsehen, wie es um den Ausbau steht und

ob die Häuser in der Straße, in der man lebt, an die Fernwärme angeschlossen werden können. Noch in diesem Frühjahr wird der Berliner Senat die kommunale Wärmeplanung vorlegen. Große Teile der Stadt, auch WilmerSDorf, sind bereits ans Fernwärmenetz angeschlossen. Um die Wärme auch klimaneutral zu machen, setzen wir in den kommenden Jahren auf Großwärmepumpen, die Nutzung von Abwärme – zum Beispiel von Industrieunternehmen und Rechenzentren – auf Power-to-Heat-Anlagen aus erneuerbarem Strom und auch auf Geothermie. Wir setzen bewusst auf einen Mix aus Maßnahmen und stellen uns breit auf. Unser oberstes Ziel als SPD: Die Wärmewende muss planbar und bezahlbar sein.

Das Thema Versorgungssicherheit hat spätestens seit dem Anschlag auf die Stromtrasse im Januar deutlich an Bedeutung gewonnen. Welchen Maßnahmen sind vom Senat geplant, um Versorgungssicherheit zu sichern?

Sicherheit und Resilienz sind

für eine Metropole wie Berlin existenziell. Nach dem Anschlag auf die Stromversorgung in Trepow-Köpenick im September 2025 haben wir in der Berliner Landesregierung noch im Dezember 2025 unseren Maßnahmenplan zur Stärkung der Berliner Stromversorgung vorgestellt. Dieser Maßnahmenplan umfasst unter anderem Krisen- und Kommunikationspläne, regelmäßige Übungen sowie Maßnahmen zum besseren Schutz der Infrastruktur. Es kam nach dem Anschlag im Januar erstmals zum Einsatz und wird jetzt weiter verbessert. Wir haben eine abgestimmte Sicherheitsstrategie zwischen Netzbetreibern, Polizei, Feuerwehr und THW etabliert. Künftig setzen wir verstärkt auf Videoüberwachung und moderne Sensorik auch auf öffentlichem Straßenland, um Störungen in Echtzeit erkennen zu können, bevor größerer Schaden entsteht. Berlin ist wachsam: Wir investieren massiv in die Widerstandsfähigkeit unserer kritischen Infrastruktur.

Welcher Grundsatz leitet Dich in herausfordernden Zeiten?

„When they go low, we go high“ – das hat Michelle Obama einmal gesagt. Ich finde, das ist ein guter Leitspruch, den man sich besonders in diesen herausfordernden Zeiten wie diesen immer wieder vergegenwärtigen muss. Nicht derjenige, der besonders laut ist, hat recht. In der Politik kommt es auf das Argument an und auch oft um die Art und Weise, wie man es vorträgt. Es gibt leider bereits genügend Populisten, die es sich einfach machen und mit unhaltbaren Versprechen auf Stimmenfang gehen. Dieses Spiel sollten Demokraten niemals mitmachen.

Welche Eigenschaft hilft Dir im politischen Alltag am meisten – und welche steht Dir manchmal im Weg?

Ich schaue mir die Dinge gern vor Ort an. Die Mutter der Kommunalpolitik ist die Anschauung vor Ort. Übersetzt heißt das: Hingehen, zuhören, anpacken. Sonst wird man nie wirklich erfahren und vor allem nicht durchdringen, wo der Schuh drückt. Diese Herangehensweise führt allerdings zu einem sehr dichten Terminkalender.

100 Jahre Internationale Grüne Woche in Berlin

Wie die Jubiläumsausgabe der Grünen Woche Berlin als Wirtschafts- und Agrardiplomatie-Standort stärkt

Berlin hat im Januar auf dem Messegelände Geschichte gefeiert. Das 100-jährige Bestehen der Internationalen Grünen Woche unter dem Funkturm war keineswegs nur ein nostalgischer Rückblick auf ein Jahrhundert Agrargeschichte, sondern vielmehr ein kraftvolles wirtschaftliches und politisches Statement der Hauptstadt.

Aus Berliner Sicht ist die Messe ein unverzichtbarer Wirtschaftsfaktor. Über 1.500 Aussteller aus mehr als 50 Ländern nutzten das gesamte Messegelände als Schaufenster für Produkte. Vom finnischen Bier über Berliner Eiswaren bis hin zu Garten- und Haushaltsgeräten war alles vertreten. Für Berliner Start-Ups im Bereich Food-Tech und vertikale Landwirtschaft war die Grüne Woche in diesem Jahr eine entscheidende Plattform, um Investoren und den Einzelhandel zu erreichen.



Foto: Redaktion

In diesem Jahr strömten rund 350.000 Besucher in die Hallen – ein Plus von 40.000 im Vergleich zum Vorjahr. Für die Berliner Wirtschaft ist dies ein Segen. Die Besucher gaben im Durchschnitt 150 Euro pro Kopf auf der Messe aus. Das spülte über 50 Millionen Euro allein durch direkte Messebesuche in die Kassen. Rechnet man Hotelübernachtungen, Gastronomie und Einzelhandel hinzu, profitiert Berlin mit einem dreistelligen Millionenbetrag von der Messe. „Der überwältigende Zustrom an Besuchern zeigt: Die Grüne Woche ist das Flaggschiff unserer Messe und ein unverzichtbarer Wirtschaftsmotor für Berlin“, freut sich Florian Dörstelmann, industriepolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus.

Politisch festigte Berlin seinen Ruf als „Davos der Landwirtschaft“. Das parallel stattfindende

Global Forum for Food and Agriculture brachte vom 14. bis 17. Januar 80 Agrarminister zusammen. Unter dem Motto „Wasser. Ernten. Unter dem Motto „Wasser. Ernten. Unsere Zukunft“ entwickelten Fachleute in Berlin Strategien für mehr Wasserresilienz – ein Thema von existenzieller Bedeutung angesichts des Klimawandels.

Die Grüne Woche 2026 war für Berlin ein voller Erfolg und hat viele Menschen aus dem In- und Ausland auf die Messe gelockt. Das Jubiläumsthema „Babylon Garden – Blütezeit der goldenen Zwanziger“ in der Blumenhalle schlug eine Brücke von den Anfängen 1926 in die Moderne. Berlin hat gezeigt, dass es als Messeplatz weltweit führend bleibt und die drängenden Fragen der globalen Ernährungssicherheit nicht nur beherbergt, sondern aktiv modelliert.

Neujahrsempfang

Mit Florian Dörstelmann und Steffen Krach

Der Neujahrsempfang von Florian Dörstelmann am 17. Januar in seinem Bürgerbüro „Alte Apotheke“ am Rüdesheimer Platz bot einen ebenso festlichen wie politischen Auftakt. Zahlreiche Gäste aus Gewerbe, Politik, Vereinen und Nachbarschaft waren der Einladung gefolgt und füllten das Büro bis auf den letzten Platz. In entspannter Atmosphäre wurde angestoßen, diskutiert und der Blick auf die kommenden Monate gerichtet.

Gastgeber Florian Dörstelmann begrüßte die Anwesenden und betonte in seiner Eröffnungsrede die Bedeutung des direkten Austauschs vor Ort. „Ich freue mich, dass wir die Gelegenheit haben, hier zusammen zu sein, Gespräche zu führen und ein bisschen das neue Jahr zu feiern. Seit September 2025 haben wir nun dieses Büro. Wir brauchen gerade in diesen bewegten Zeiten wir einen offenen Treffpunkt für Anliegen, Ideen und Kritik aus dem Kiez. Gerade in diesen bewegten Zeiten brauchen wir Orte, an denen Politik ansprechbar und greifbar bleibt. Lassen Sie uns das neue Jahr 2026 zu einem guten Jahr machen.“

Besondere Aufmerksamkeit galt dem SPD-Spitzenkandidaten Steffen Krach, der in seinem Grußwort die Herausforderungen für Berlin skizzierte. Er hob die Bedeutung einer starken, sozialen und zugleich wirtschaftlich erfolgreichen Stadt hervor. Als besondere Herausforderung hat er dabei die Wohn- und Mietpolitik ausgemacht.

Mit einem bildhaften Vergleich zieht Krach eine positive Bilanz der bisherigen Wohnungsbauoffensive: „In den letzten drei Jahren lagen wir bei 15.000 neuen Wohnungen jährlich. Wenn man

davon ausgeht, dass pro Wohnung zwei bis drei Menschen wohnen, haben wir in dieser Zeit neuen Wohnraum für knapp 100.000 Menschen geschaffen. Das heißt, wir haben einmal die Landeshauptstadt von Mecklenburg-Vorpommern innerhalb von Berlin gebaut. Natürlich ist das nicht genug, zeigt aber: Wir haben nicht alles falsch gemacht!“ Als Regierender Bürgermeister möchte Krach jährlich 20.000 Wohnungen bauen.

Als einen zentralen Erfolg sozialdemokratischer Politik hebt Steffen Krach die neu geschaffene Mietprüfstelle hervor, die Mieter aktiv vor finanzieller Überlastung schützen soll: „Wir müssen uns auch um Menschen kümmern, die zu hohe Mieten zahlen. Dafür haben wir eine Mietprüfstelle eingeführt. Dort können sich Bürger an den Senat wenden und ihren Mietvertrag prüfen lassen. Das ist eine große Errungenschaft der SPD.“

Seit Einführung dieser Mietprüfstelle sind ca. 340 Mieten überprüft worden. Dabei wurde festgestellt, dass in 94% der Fälle ein Mietwucher vorlag. Mietwucher fängt bei 50% der Vergleichsmieten an.

Mit Christian Gaebler war zudem der Berliner Bausenator vertreten. In seinem Beitrag sprach er über aktuelle wohnungs- und stadtentwicklungspolitische Vorhaben: Berlin wachse weiter, daher brauche es schnelleres Bauen und zugleich Rücksicht auf gewachsene Quartiersstrukturen.

Zwischen den Redebeiträgen blieb Raum für persönliche Gespräche. Vertreter aus Initiativen, Wirtschaft und Ehrenamt nutzten die Gelegenheit, Anliegen direkt anzusprechen. Der Neujahrsempfang zeigte damit eindrucksvoll, wie lebendig politische Kultur auf lokaler Ebene sein kann.



Florian Dörstelmann und Steffen Krach bei der Begrüßung. Foto: Jürgen Jänen

Licht bringt Sicherheit

Berliner Herzlichkeit ist rauer als in anderen Städten. Trotzdem soll es sauber und sicher in den Kiezen Berlins sein. Es gibt viel zu tun. In den Straßen und auf den Wegen in Wilmsdorf und Schmargendorf werden nicht nur wie zuletzt Schnee- und Eisglätte zur Gefahr für Leib und Leben, sondern auch kaputte oder unebene Wege, fehlende Beleuchtung und unklare Wegeführung (insbesondere bei Radwegen).



Ein vereister Gehweg am Rüdesheimer Platz Foto: Vincent Rautmann

Der Abgeordnete Florian Dörstelmann hat sich die Situation in den vergangenen Monaten genauer angesehen und festgestellt: Wir müssen endlich flächendeckend für gute Beleuchtung und sichere Wege sorgen! Leider hat sich hier im Bezirk in den letzten Jahren wenig bewegt – trotz zahlreicher

Lösungsvorschläge. Vermutlich fehlt es auch an entsprechendem Willen und Druck aus der Senatsverwaltung von Verkehrsseniatorin Bonde (CDU), die sich öffentliche Sicherheit eigentlich auf ihre Fahne schreibt.

Eine besonders schwierige Situation zeigt sich vor der Grundschule am Rüdesheimer Platz. Kaum vorhandene Straßenbeleuchtung, keine Beleuchtung der Wege, ein Stummel-Radweg mit Barriere, Löcher in den ohnehin schon unebenen Wegen und keine freie Sicht erzeugen hier allein beim Durchlaufen ein Gefühl der Enge und Unsicherheit. Bei einem Nachtbesuch Ende Januar war sogar eine der schwachen Straßenlaternen defekt – 100m Dunkelheit und Stolpergefahr sind die Folge.

In diesem Kontext sind weitere Parks wie der Platz am Wilden

Eber und die vielen Nebenstraßen und Schleichwege im Kiez bekannt.

In Wilmsdorf und Schmargendorf gibt es zwar nur wenige Kriminalitätsschwerpunkte, aber die SPD geht auch hier lieber auf Nummer sicher. Mit der Novelle des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (ASOG) in Berlin wurden die Voraussetzungen für effektivere und modernere Polizeiarbeit an Orten mit erhöhter Kriminalitätsbelastung geschaffen.

Wenn Ihnen dunkle, gefährliche oder unsichere Ecke sind, wenden Sie sich an den Abgeordneten Florian Dörstelmann. Es wird Zeit, dass Bewegung in die Sache gerät und sich jemand um diese Orte kümmert. Deshalb will Florian Dörstelmann mit Ihrer Hilfe diese Probleme aktiv angehen und für mehr Sicherheit im Kiez sorgen.



Mangelhafte Beleuchtung an einer Grundschule Foto: Vincent Rautmann

Das erwachsene Land

Ein transatlantischer Blickwinkel

„Das erwachsene Land“ ist ein Sachbuch von Holger Stark, stellvertretender Chefredakteur der Die Zeit, erschienen im Januar 2026. Es beschäftigt sich mit den transatlantischen Beziehungen zwischen Europa und den USA. Der Autor beschreibt die notwendige Loslösung von den USA als alleinige Schutzmacht. Spätestens seit der zweiten Amtszeit von Donald Trump müssten sich Deutschland und Europa stärker um ihre Sicherheit kümmern. Die Zeiten des Kalten Krieges, in denen Amerika als natürlicher Schutz galt, seien vorbei. Stark sieht darin auch eine historische Chance: Politische Eliten, geprägt vom Kalten Krieg, müssten umdenken. Die USA seien nicht mehr bereit, dauerhaft Europas

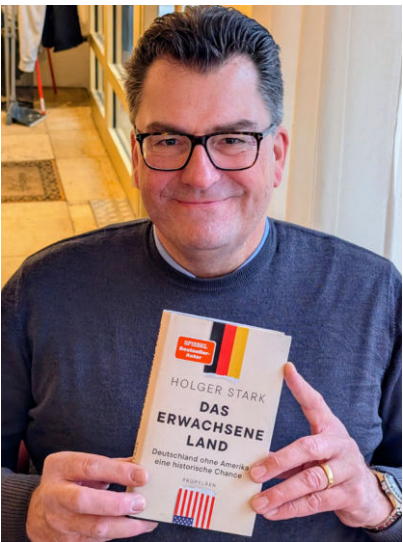


Foto: Jürgen Jänen

Schutzmacht zu sein. Zugleich eröffne diese Lage die Möglichkeit

zur politischen Emanzipation. Europa müsse lernen, Demokratie und Lebensweise eigenständig zu verteidigen – gegenüber Oligarchen im Osten wie autoritären Tendenzen im Westen. Dazu gehöre auch eine eigenständigere Friedenspolitik statt automatischer Gefolgschaft gegenüber Washington. Stark arbeitet seit rund 30 Jahren als investigativer Journalist in der internationalen Politik. Mit seinem Buch will er die europäische Politik ermutigen, selbstständiger und auf Augenhöhe mit Großmächten zu handeln – auch wenn dafür Gewissheiten aufgegeben werden müssen. (Propyläen Verlag, Berlin 2026, ISBN 978-3-549-11018-8; 26,00 €)

Kultur gegen den Leerstand im Wilmsdorf

Stadträtin Heike Schmitt-Schmelz verbindet Kultur und Wirtschaftsförderung

Rund um den Rüdesheimer Platz erleben viele Anwohnerinnen und Anwohner seit einiger Zeit ein wachsendes Problem: leerstehende Ladenflächen. Wo früher Buchhandlungen, Cafés oder kleine Fachgeschäfte das Straßenbild prägten, bleiben heute Schaufenster dunkel. Gewerbeleerstand ist kein rein wirtschaftliches Thema – er betrifft das soziale Leben im Kiez ganz unmittelbar. Leerstände schwächen die Aufenthaltsqualität, sie mindern das Sicherheitsgefühl und lassen Quartiere an Lebendigkeit verlieren. Gerade für unsere Kieze in Wilmsdorf, die von Austausch, Nachbarschaft und Vielfalt leben, ist das eine negative Entwicklung. Gleichzeitig stehen wir vor der Aufgabe, neue Wege zu finden, um diesen Flächen wieder eine sinnvolle Nutzung zu geben.

Ein wichtiger Ansatz ist die kulturelle Zwischennutzung. Kunst, Musik, Theater, Bildung und kreative Projekte können leerstehende Räume zeitweise beleben, neue Zielgruppen anziehen und Impulse für den gesamten Stadtteil setzen. Kultur schafft Begegnung – niedrigschwellig, offen und verbindend. Ein gelungenes Beispiel dafür ist das „Basement“ im Europa-Center. Was einst eine ungenutzte Fläche war, ist heute ein lebendiger Ort für Konzerte, Ausstellungen und kulturelle Experimente. Dieses Projekt konnte durch den Bezirk realisiert werden. „Als Stadträtin für Schule, Sport,

Weiterbildung und Kultur war es mir wichtig zu zeigen: Kultur ist kein Luxus, sondern ein wirksames Instrument der Stadtentwicklung“, so Heike Schmitt-Schmelz.



Foto: Heike Schmitt-Schmelz

Solche Modelle lassen sich auch auf Flächen im Kiez übertragen – rund um den Rüdesheimer Platz und darüber hinaus. Natürlich ersetzen Zwischennutzungen keine langfristigen Konzepte. Aber sie verhindern Stillstand, fördern Kreativität und eröffnen neue Perspektiven für Eigentümerinnen und Eigentümer wie für die Nachbarschaft. Stadträtin Heike Schmitt-Schmelz fordert, Gewerbeleerstand durch Zwischennutzungen durch Kulturschaffende entgegenzuwirken. So werde Verfall von Kiezen entgegen gewirkt und Eigentümerinnen von Geschäftslokalen wer-

den neue Nutzungsmöglichkeiten aufgezeigt, um andere Nutzen der Gewerbeflächen aufzuzeigen. Schmitt-Schmelz gegenüber #fürsieda „Lebendige Kieze sind gute Kieze, dort wo wir uns gerne aufhalten, entsteht Leben. Hier kann Kultur helfen, den Verfall der Kieze zu verhindern.“ In Zukunft soll mit dieser Zwischennutzung erstens dem Verfall der Kieze entgegengewirkt werden und zeitgleich bekommen Kunstschaaffende die Möglichkeit, ihre Arbeiten der Bevölkerung vorzustellen. Eine Win-Win-Situation für die Kieze in Charlottenburg Wilmsdorf. Wer Leerstand in den einzelnen Kiezen bemerkt, kann sich gerne bei der Stadträtin Heike Schmitt-Schmelz, melden und es wird versucht eine gute Lösung zu finden.

Bürgerbüro Florian Dörstelmann

Bürgerbüro „Alte Apotheke“
Rüdesheimer Platz 7
14197 Berlin

Büro-Öffnungszeiten
Montag: 10 - 17 Uhr
Dienstag: 10 - 17 Uhr
Mittwoch: 10 - 17 Uhr
Donnerstag: 10 - 17 Uhr
Freitag: 10 - 14 Uhr

E-Mail:
florian.doerstelmann@
spd.parlament-berlin.de

Website:
florian-doerstelmann.de

Instagram:
florian_doerstelmann

Telefon:
0177/8196272

Aktuelle Nachrichten und Termine entnehmen sich bitte der Website.

Ab sofort finden die Sprechstunden mit Florian Dörstelmann regelmäßig zweimal im Monat statt. Damit reagiert unser Abgeordneter für Wilmersdorf Süd und Schmargendorf auf das steigende Interesse und den Wunsch vieler Bürgerinnen und Bürger nach mehr Möglichkeiten zum direkten Austausch.

In den Sprechstunden haben Interessierte die Gelegenheit, persönliche Anliegen, Fragen, Anregungen oder auch Kritik direkt anzusprechen.

Sprechstunden-Termine:
Mi, 15.04.2026; Mi, 29.04.2026;
Mi, 13.05.2026; Mi, 10.06.2026
Mi, 01.07.2026
jeweils 17:45 - 18:30 Uhr

Um vorherige Anmeldung mit Angabe des Anliegens wird gebeten. Dann meldet sich das Büroteam mit einem Terminvorschlag.

Tarfbindung sinkt

Wenige Beschäftigte profitieren von Tarifverträgen

Die Bindung an Tarifverträge sinkt in Deutschland rapide weiter. Die Beschäftigten, in Branchen und Betrieben ohne Tarifverträge werden abgehängt.

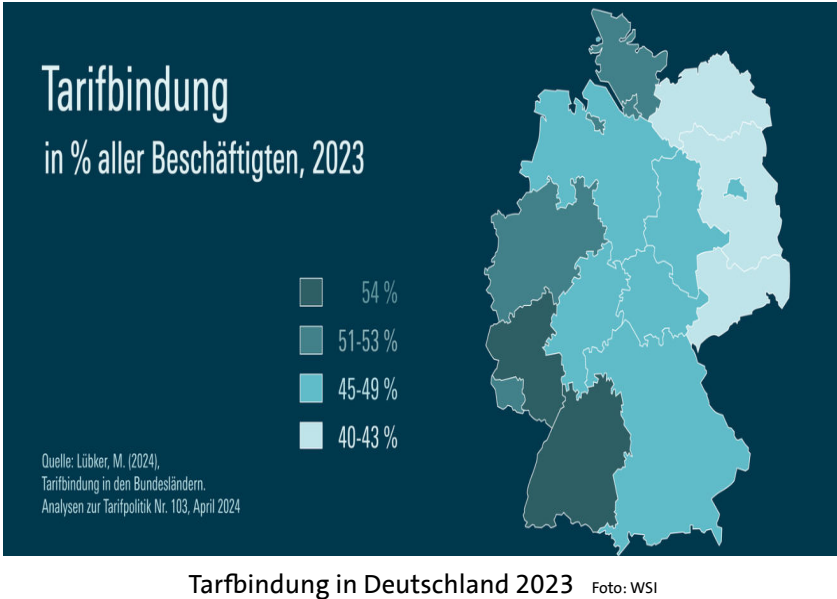
„Mittlerweile sind wir in Deutschland unter 50% gerutscht.“, so der Gewerkschaftssekretär Rolf Wiegand. Ein Trend der seit den 90’er Jahren ungebrochen anhält. Dabei verschärft sich das Bild, wenn man auf die Zahlen der Beschäftigten schaut, die einen Tarifvertrag haben. Hier hat sich die Zahl halbiert.

Das macht nochmal deutlich, wie viele Menschen in Deutschland von Armutslöhnen bedroht sind. Denn in der Regel bewegen wir uns in tariflosen Bereichen an den Grenzen zum Mindestlohn und Mindestarbeitsbedingungen.

Daher stärkt der Mindestlohn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, da er einen klaren Haltepunkt nach unten setzt.

Dazu kommt, dass mittlerweile auch die EU erkannt hat, dass es notwendig ist, auch einen Blick auf das Auskommen und Einkommen der EU Bürgerinnen und Bürger zu werfen. (zumal es auch etwas mit fairem Wettbewerb zu tun hat).

So fordert die EU alle Staaten und damit jetzt auch Deutschland auf, Maßnahmen zum Schutz der Beschäftigten einzuleiten, wenn die Tarfbindung unter 80% sinkt. In Deutschland sind aktuell nur 49% der Betriebe mit einem Tarifvertrag versehen. Das heißt für die Politik: Jetzt anpacken und für mehr Tarifverträge sorgen. Das wird unter der Überschrift soziale Stadt und sozialer Staat verstanden.



Steuervorteil auf Gewerkschaftsbeiträge

Mit den neuen Steuergesetzen ab 01.01.2026, in der unter anderem auch die Pendlerpauschale erhöht worden ist, wurde jetzt die bessere Absetzbarkeit des Gewerkschaftsbeitrages geregelt.

Bisher ging der jeweilige Gewerkschaftsbeitrag in der Arbeitnehmerpauschale unter und hatte daher für die Gewerkschaftsmitglieder in der Regel keine Auswirkungen. Die Arbeitnehmerpauschale gilt für alle gleich.

Zukünftig wird der Gewerkschaftsbeitrag, außerhalb der Arbeitnehmerpauschale, als eigener Punkt der Werbungskosten anerkannt und vom Einkommen in Abzug gebracht.

Damit verringert sich das zu versteuernde Einkommen und die mögliche Steuerlast kann wahrnehmbar sinken.

„Jetzt wird nichts mehr miteinander vermengt, sondern die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft wird anerkannt und finanziell berücksichtigt. Jetzt Mitglied werden!“, empfiehlt Mda Florian Dörstelmann.

Gute Baumscheiben

Endlich ist wieder Frühling und Berlin zeigt sich von seiner blumigen Seite. Mit dem neuen Berliner Baumgesetz sorgt die SPD dafür, dass es mehr Bäume in Berlin geben wird. Es geht nicht nur um das bessere Aussehen, sondern um mehr qualitative Stadtbäume. Sie spenden Schatten, regulieren das Stadtklima und bieten rund um den Stamm jeweils eine kleine Fläche, die Artenvielfalt auch im Stadtraum ermöglicht.

Den Platz um die Baumstämme werden „Baumscheibe“ genannt. Um eine solche Baumscheibe zu bepflanzen, geht in Wilmersdorf eigentlich ganz einfach: Die Bürgerinnen und Bürger können ihr Interesse beim Bezirksamt anmelden. Nachdem das Bezirksamt diesen Antrag geprüft und bewilligt hat, kann man mit der Verschönerung der Baumscheibe loslegen.

Die Initiative Fritzschestraße hat hierzu eine Schritt-für-Schritt-Anleitung mit Link zum Bezirksamt-Formular erstellt: www.einfach-beeten.de

Doch trotz dieser tollen Möglichkeit, mit der sich Bürgerinnen und Bürger am Stadtgrün in Wilmersdorf und Schmargendorf beteiligen können, sieht es an vielen Ecken leider überhaupt nicht schön aus.

Aktuell wirkt noch der harte Winter nach. Dabei ist auch anzuerkennen, dass viele Baumscheiben und Grünflächen schon seit Jahren verwahrlost sind. Ein weiteres Problem ist die Vermüllung an vielen Ecken, die sogenannten Baumscheiben werden oft als Müllabladestelle missbraucht.

Die Grünflächen im Kiez sind vor allem bekannt für Sträucher und Wiesenpflanzen, die wenig Pflege brauchen, aber auch sehr eintönig wirken können– und oftmals einen geringen ökologischen Nutzen aufweisen. Die Schneebeere, Forsythie oder auch der Wiesenkerbel und der überall zu findende Löwenzahn sind derartige Klassiker. Experten fordern schon lange:

Damit es für Insekten und Vögel wieder mehr Nahrung und Lebensraum gibt, braucht es mehr robuste und nahrhafte Blumen, Kräuter und Sträucher. Hier könnte jeder Anwohnende helfen, die

Artenvielfalt zu vergrößern.

Das Straßen- und Grünflächenamt des Bezirks sowie die BSR vor Ort leisten hier schon viel und gute Arbeit. Die BSR bekommt vom Bezirk und vom Land nicht genügend Geld, um ihre Arbeit auf allen Grünflächen durchführen zu können. Eigentlich notwendige Aufwertungen sind so nicht möglich. Dazu kommen noch verwirrende Zuständigkeiten zwischen Bezirk und Senat und die Abwesenheit jeglicher Führungsverantwortung auf Seiten des eigentlich zuständigen Grünen Stadtrats Schruoffeneger und der Umweltsenatorin Bonde von der CDU.

Die SPD konnte im letzten Jahr die wichtige Arbeit der Parkläufer im Bezirk retten, die für Sicherheit und Sauberkeit in allen Grünanlagen sorgen und immer wieder Problemstellen melden. Seien Sie mutig, bringen Sie sich ein, sprechen Sie die Parkläufer an, melden Sie dem Bezirk Problemstellen, übernehmen Sie Baumpatenschaften und wenden Sie sich an den SPD-Abgeordneten Florian Dörstelmann., um neue Ideen voranzutreiben.



Eine Baumscheibe in Wilmersdorf. Foto: Maurice Thaligsmann

Platz am Wilden Eber

Nein, dieser Platz ist nicht nach den vermeintlichen „Brandenburger Löwen“ benannt, welche im Sommer 2023 in der nahen Umgebung für viele Schlagzeilen sorgten. Vielmehr ist dieser Platz nach dem ehemaligen Ausflugslokal „Zum wilden Eber“ benannt, welches sich Ende des 19. Jahrhunderts an dieser Stelle befand. Dieser Name beruht wiederum auf einer Anekdote aus dem Jahr

1895, als im Biergarten „Zur Waldschenke“ zum Schrecken der Gäste ein wilder Eber aufgetaucht und sein Unwesen getrieben haben soll. Damals war diese Gegend noch sehr ländlich geprägt und ein beliebtes Ausflugsziel für die Hauptstädter, die am Wochenende „ins Grüne“ wollten. Heute erinnert eine markante Bronzeskulptur eines Ebers, geschaffen vom Bildhauer Paul Gruson in den 1920er Jahren, an diesen Namensgeber. Das Tier thront wehrhaft auf seinem Sockel und ist heute ein fester Treffpunkt für die Anwohner. Wie viele buntmetallene Plastiken, wurde auch das Original des Wilden Ebers während des Zweiten Weltkrieges eingeschmolzen. 1961 wurde schließlich ein Nachguss auf einem Waschbetonsockel aufgestellt.

Der Platz selbst ist sternenförmig angelegt, wobei die Heiligendammer Straße, Lentzeallee, Pacelliallee, Podbielskiallee, Rheinbabenallee und die Warnemünder Straße hier zusammenlaufen. Direkt am Platz ist die Botschaft der Republik Kenia angesiedelt. In der näheren Umgebung finden sich viele beeindruckende Beispiele der Landhausarchitektur. Viele dieser Bauten entstanden um 1920 und spiegeln den Wohlstand des damaligen Bildungsbürgertums wider, welches sich hier niederließ. Wer dem Platz in südwestlicher Richtung über die Pücklerstraße folgt, ist schnell im Grunewald und dem am Grunewaldsee gelegenen Jagdschloss gelandet. Der Platz am Wilden Eber fungiert also nach wie vor als Übergang vom schönen Wohnen in Schmargendorf direkt ins Grüne.



Der Wilde Eber in Schmargendorf hat seinen eigenen Platz. Foto: Jürgen Jänen



Frohe Ostern wünschen Ihnen



Florian Dörstelmann

Mitglied des Abgeordnetenhauses



Steffen Krach

Spitzenkandidat

